



Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

HERBERT KICKL
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-901000
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0672-II/2/e/2018

Wien, am 14. Dezember 2018

Die Abgeordnete zum Nationalrat Claudia Gamon, MSc (WU), Kolleginnen und Kollegen haben am 18. Oktober 2018 unter der Zahl 2032/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Stärkung von Frontex“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Frage 1:

Wie hoch war der Personalbeitrag Österreichs zu Frontex in den Jahren 2014 bis 2020? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren und Einsatzort.

österreichische Einsatzbeamtinnen und –beamte bei Frontex						
Einsatzland	2014	2015	2016	2017	2018	1. HJ 2019 geplant
Albanien				4	4	
Belgien		1		1		1
Bosnien und Herzegowina	1		1	1	1	2
Bulgarien			68	53	78	49
Deutschland	5	2	3		3	3
Estland					1	
Finnland		1	2	1		
Frankreich			2	2	1	4
Georgien				1		4

Griechenland	28	70	106	117	130	90
Island					1	
Italien	17	6	38	46	61	31
Kroatien			12	12	12	7
Lettland					7	
Litauen		1			1	
Mazedonien	10	10	11	7	7	6
Moldawien	1			1		
Montenegro		1		1	1	2
Niederlande		1		1		
Norwegen					2	
Polen	5	11	24	23	17	7
Portugal		3		3	5	
Rumänien	3	2	2			
Schweden				1		
Schweiz	1		1			
Serbien	9		10	29		1
Slowakei				1	1	
Slowenien		1				
Spanien	2	1	2		1	5
Tschechien			1	1		1
Ukraine				2	1	4
Ungarn	10	11	7	54	55	30
Zypern				1		1
Gesamt	92	122	362	364	390	284

Von den in der obigen Tabelle angeführten Einsatzbeamtinnen und –beamten wurden insgesamt im Rahmen von Frontex-Entsendungen die in der folgenden Tabelle angeführten Entsendemonate (d.s. 30 Einsatztage) geleistet:

Entsendejahr	2014	2015	2016	2017	2018	2019 (1.HJ 14. 8.)
Entsendemonate (d.s. 30 Einsatz- tage)	235	305	343	429	343	263

Für das 2. Halbjahr 2019 und für das Jahr 2020 wurde seitens FRONTEX noch keine Anforderung übermittelt.

Fragen

2. Laut Medienberichterstattung (Ö1 Mittagsjournal, 10.9.2018) soll Österreich bis Juli 2019 mehr als 200 Mann und Frau zusätzlich zur Verfügung stellen. Ist diese Angabe richtig?

2a. Wenn ja, haben Sie bereits Maßnahmen zur Rekrutierung dieser Grenzpolizisten gesetzt?

2b. Wenn ja, welche?

2c. Wenn nein, warum nicht und für wann wird die Planung derselben in Aussicht genommen?

Für 2019 sind bezüglich der Entsendung von Einsatzbeamtinnen und -beamten keine Änderungen vorgesehen.

Von der Europäischen Kommission wurde ein Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Gemeinsamen Aktion 98/700/JHA des Rates, der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EU) 2016/1624 des Europäischen Parlaments und des Rates am 12.9.2018 präsentiert.

Der Entwurf sieht den Aufbau einer ständigen Reserve von bis zu 10.000 Einsatzbeamtinnen und -beamten vor. Österreich müsste dazu – beginnend mit dem Jahr 2020 bis zum Jahr 2027 bis zu ca. 200 Einsatzbeamtinnen und -beamte zur Verfügung stellen, die jährlich bis zu ca. 1.200 Einsatzmonate im Rahmen von Frontex-Entsendungen Dienst verrichten.

Der Entwurf wird derzeit im Rat und im Europäischen Parlament behandelt. Zurzeit können aber noch keine konkreten Zahlen genannt werden, da die Verhandlungen im Rat und im europäischen Parlament noch nicht abgeschlossen wurden.

Im Bundesministerium für Inneres besteht bereits ein Personalpool für FRONTEX-Einsätze. Sobald konkrete Verhandlungsergebnisse vorliegen, wird der Pool entsprechend dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden.

Fragen

3. Wurden für dieses zusätzliche Kontingent zusätzliche Personen rekrutiert oder Kräfte, die sich bereits im Polizeidienst befinden, aus anderen Einheiten verschoben?

a. Bekommen Personen, die nun für Frontex bereitgestellt werden, in Österreich ein entsprechendes Training?

b. Wenn ja, wie lange dauert das, welche Module umfasst es, von wem wird es durchgeführt und wie hoch sind die Kosten, die für Österreich dafür anfallen?

c. Wenn nein, wo erhalten Sie dann ihre Ausbildung?

Sämtliche Bedienstete des Personalpools für FRONTEX-Einsätze sind Exekutivbedienstete, die sich bereits im Polizeidienst befinden. Der Pool an Einsatzkräften für FRONTEX wird je nach Bedarf ständig ergänzt. Mit Oktober 2018 wurden 32 Exekutivbeamte neu in den Pool aufgenommen.

Jeder in den Pool neu aufgenommene Bedienstete erhält eine durch das Bundesministerium für Inneres organisierte einwöchige Basisausbildung. Die Basisausbildung umfasst rechtliche Themen, praxisorientierte Inhalte, administrative Inhalte, sozialwissenschaftliche Bereiche und Menschenrechtsangelegenheiten. Organisiert wird die Ausbildung durch die nationale FRONTEX-Stelle des Bundesministeriums für Inneres. Als Vortragende fungieren Fachexperten der relevanten Abteilungen des Bundesministeriums für Inneres. Für eine Ausbildungswoche fallen für durchschnittlich 18 Teilnehmer Kosten in der Höhe von EUR 8.500.-- an.

Fragen

4. Im Zuge der Aufstockung des Frontex Personals um zusätzliche 10.000 Grenzschützer_innen in den nächsten Jahren wird der österreichische Personalbeitrag vermutlich noch ein weiteres Mal erhöht werden müssen. Eine Steigerung der gesamten Anzahl an Grenzschützer_innen würde auch eine Erhöhung der von Österreich zu erfüllenden Personalquote mit sich bringen. Welche Zusagen machte Österreich im Rahmen des Ratsvorsitzes diesbezüglich?

a) Wie hoch wird diese Quote für Österreich Ihrer Einschätzung nach in etwa sein?

b) Wie werden Sie diesen Bedarf an Grenzschützer_innen decken?

c) Für welche Quoten setzen Sie sich generell auf europäischer Ebene ein, nach denen die einzelnen Mitgliedstaaten zu Frontex beitragen sollen?

Österreich hat keine Zusagen gemacht. Die zukünftigen Beiträge der Mitgliedsstaaten sind im Annex 3 und 4 des Vorschlages der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Gemeinsamen Aktion 98/700/JHA des Rates, der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EU) 2016/1624 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgelistet. Österreich soll gemäß diesem Entwurf ab dem Jahr 2020 bis zu ca. 200 Kräfte für ein Äquivalent von bis zu ca. 1.200 Entsendemonaten zur Verfügung stellen. Da die Verhandlungen im Rat und im Europäischen Parlament noch nicht abgeschlossen wurden, können bezüglich der tatsächlich erforderlichen Kräfteabstellung zurzeit keine Aussagen getroffen werden.

Fragen

5. Gab es in Österreich bisher Probleme bei der Rekrutierung für Frontex?

a. Wenn ja, welche und wie wurden diese gelöst?

Bisher gab es keine Probleme bei der Rekrutierung. Seit Bestehen der Agentur und der Beteiligung Österreichs wurden bisher sieben Auswahlverfahren durchgeführt. Der Pool an Kräften für FRONTEX umfasst derzeit ca. 250 Einsatzbeamtinnen und -beamte.

Frage 6:

Inwiefern unterstützte der österreichische Ratsvorsitz die Mitgliedstaaten bei der raschen Verstärkung von Frontex?

Vom österreichischen Ratsvorsitz wurde und wird der Legislativvorschlag der Europäischen Kommission mit höchster Priorität behandelt. Die Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten sind aber in wesentlichen Teilbereichen des Rechtsakts sehr unterschiedlich, wodurch sich eine Kompromissfindung teils ausgesprochen schwierig gestaltet.

Frage 7:

Wie oben beschrieben, würde eine Stärkung von Frontex vor Beginn des nächsten MFR zusätzliche Mittel erfordern. Was ist Ihr Informationsstand dazu, ob finanzielle Mittel aus anderen Bereichen - etwa aus den Struktur- und Regionalfonds - zum Grenzschutz verschoben werden? Was ist Österreichs Position dazu, woher die Mittel kommen sollen

Laut Aussagen der Europäischen Kommission erfolgt die Finanzierung durch Umschichtung. Durch die Stärkung von FRONTEX soll es zu keinen weiteren finanziellen Belastungen der Mitgliedstaaten kommen. Nähere Details sind zum gegenständlichen Zeitpunkt noch nicht bekannt.

Herbert Kickl

